

Seenotrettung ist kein Verbrechen

Gastkommentar von Benedikt Funke

Seit August 2017 wird das Rettungsschiff IUVENTA im sizilianischen Hafen von Trapani festgehalten. Die Crew der Iuventa rettete mehr als 14.000 Menschen aus Seenot. Jetzt wird wegen Beihilfe zur illegalen Einwanderung strafrechtlich gegen sie ermittelt. Im Falle einer Verurteilung drohen bis zu 20 Jahre Haft und eine Geldstrafe von 15.000 Euro pro "illegalem" Einwanderer. Insgesamt wird gegen 24 Seenotretter*innen wegen Beihilfe zur illegalen Einwanderung strafrechtlich ermittelt. Zehn davon waren Crewmitglieder an Bord des Rettungsschiffes IUVENTA.

Rechte Gruppierungen liefen bei den Italienischen Ermittlungsbehörden dem Anschein nach offene Türen ein. Die Staatsanwaltschaft bediente sich spezieller Mafia-Gesetzgebung um Maßnahmen gegen Schiff und Besatzung zu ergreifen, die rechtsstaatlich nur schwer nachvollziehbar sind. Telefone wurden abgehört, das Schiff verwandt, verdeckte Ermittler eingeschleust – und trotz allem Aufwand sind die Ermittlungsergebnisse dünn, Aussagen widersprüchlich und der präventive Arrest des Schiffes nicht nachvollziehbar.

Die Crew der IUVENTA hat sich stets an internationales Recht gehalten und in Absprache mit der Rettungskoordinationsstelle in Rom gearbeitet. Als europäische Regierungen ihre eigens erklärten Werte verrieten und die Menschen an ihren Grenzen ertrinken ließen, sprang die Zivilgesellschaft ein, indem sie die Rechte, Pflichten und Gesetze aufrechterhielt, die ihre Staaten für entbehrlich gehalten hatten. Dass es allein Aufgabe der Zivilgesellschaft sein soll, die Menschenrechte der Schwächsten zu verteidigen, ist bedenklich; dass ihre Arbeit diskreditiert, behindert und verfolgt wird, ist kriminell.

Indem die EU-Politik Migrant*innen das Label der Illegalität verleiht und die Bemühungen zu deren Rettung kriminalisiert, werden Grundrechte und Menschenwürde systematisch verleugnet. Italien und die EU sind eine verhängnisvolle Partnerschaft mit genau jenen Personen eingegangen, deren Unterstützung uns vorgeworfen wird. Die von einer libyschen Miliz eingerichtete so genannte libysche Küstenwache wurde finanziert und ausgestattet, um ihren Spielraum für Interventionen in internationalen Gewässern zu erweitern. Das wichtigste Ziel ist es Menschen abzufangen und nach Libyen zurückzubringen, wo sie Tod, Folter, Vergewaltigung, Deportation, Verschwinden und willkürlicher Inhaftierung ausgesetzt sind. Im Bestreben, die Nichtzurückweisungs-Klausel der Genfer Konvention zu umgehen, werden so mit europäischem Geld Verbrechen gegen die Menschlichkeit finanziert. Die Vereinten Nationen berichten von Folter und Verwicklung in Menschenhandel auch in den Lagern der Libyschen Einheitsregierung: dem Verhandlungspartner der Europäischen Union.

Die Ausübung der grundlegendsten Arten von Hilfe für das Leben eines anderen Menschen ist Gegenstand strafrechtlicher Verfolgung geworden. Die Bereitstellung lebensnotwendiger Güter wie medizinische Versorgung, Nahrungsmittel, Obdach und Sanitäreinrichtungen führt zu Prozessen, Anklagen, Räumungen und Beschlagnahmungen von Rettungsmitteln. Die Justiz macht sich zum Handlanger menschenverachtender Politik und hilft rechten Gruppierungen Hass zu schüren.

Unsere heutigen Menschenrechte und der Flüchtlingsschutz sind das Ergebnis der

gemeinsamen weltweiten Erfahrungen aus zwei grausamen Kriegen. Wenn an den Lehren dieser schrecklichsten Kapitel der Menschheitsgeschichte gerüttelt wird, ist es allerhöchste Zeit laut zu werden. Menschen und ihre Rechte dürfen nicht in Klassen unterteilt werden. Wir werden nicht aufgeben. Wir werden weiter laut sein.

Benedikt Funke

Hat Nautik in Bremen studiert und ist als Offizier zur See gefahren, bevor er Kapitän der "Iuventa" wurde. Er war als Teamleiter auf einem der Schnellboote der "Aquarius" von SOS Méditerranée und Ärzte ohne Grenzen im Einsatz. Er studierte Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg und schrieb seine Masterarbeit zum öffentlichen Diskurs über die zivile Seenotrettung im Mittelmeer.

Erschienen in der FREIRAD-Programmzeitung Jänner-März 2019